

"aktiv in Berlin" Landesnetzwerk Bürgerengagement  
Dietrich Schippel  
Halker Zeile 82  
12305 Berlin  
bdschippel@t-online.de

**Landesvorstand Berlin**  
Kleine Alexanderstraße 28  
10178 Berlin  
Telefon +49 30 / 24 00 92 89  
Telefax +49 30 / 24 00 92 60  
info@die-linke-berlin.de  
[www.die-linke-berlin.de](http://www.die-linke-berlin.de)  
Berliner Bank AG  
Konto-Nr. 43 84 81 68 00  
BLZ 100 200 00  
Spendenkonto-Nr. 43 84 81 68 03

**Betr.: Ihre mail vom 10. März 2011**

30.03.2011

Sehr geehrter Herr Schippel,

In Ihrer mail an den Fraktionsvorsitzenden der Fraktion Die LINKE im Berliner Abgeordnetenhaus haben Sie um eine Stellungnahme zu den von Ihnen darin übersandten Wahlprüfsteinen gebeten. Hierzu möchten wir Ihnen in Namen des Berliner Landesverbandes der Partei DIE LINKE antworten.

**1. Welche Position vertritt ihre Partei in Bezug auf eine verlässliche Anerkennungskultur für bürgerschaftliches Engagement?**

Freiwilliges, bürgerschaftliches Engagement ist für Berlin unverzichtbar. Bürgerinitiativen, Selbsthilfegruppen und Interessenverbände sind erfolgreich, weil sie Ausdruck einer ganz eigenen Kultur der Selbstorganisation, der Hilfe, der sozialen Netzwerke und der Lobbyarbeit von Betroffenen für Betroffene sind. In Selbsthilfegruppen machen Menschen die Erfahrung, dass Selbstorganisation auf gleicher Augenhöhe zwischen denjenigen, die ein ähnliches Schicksal teilen oder gemeinsame Ziele verfolgen, neue Kraft gibt. Viele Menschen in unserer Stadt sind bereit, sich in der Nachbarschaft, in Schulen, im Sport usw. für ein gutes Miteinander zu engagieren. Bürgersinn und bürgerschaftliches Engagement müssen und können deutlich gestärkt und unterstützt werden. Die vielfältigen Erfahrungen aus den Quartiersmanagements und aus bezirklicher Praxis mit Bürgerinitiativen, mit Stadtteilbeiräten, Kiezfonds und soziokulturellen Netzwerken und Stadtteilzentren können dabei genutzt und erweitert werden. Es geht für Berlin darum, die zivilgesellschaftlichen Handlungsräume für Menschen in ihrem unmittelbaren Umfeld bis hin zu internationalen Netzwerken als Einladung zum Miteinander zu präsentieren. Die LINKE hält es für entscheidend für die Beförderung des freiwilligen Engagements in Berlin, dass diese große gesellschaftliche Ressource allen Interessierten leicht erschließbar angeboten wird sowie einen attraktiven Platz in der öffentlichen Wahrnehmung einnehmen kann. Sie hat in der rot-roten Koalition Wichtiges zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements unternommen. Gemeinsam mit der zentralen Freiwilligenagentur Berlin wurde die Praxis thematischer und ergebnisorientierter Runder Tische mit den Beteiligten installiert. Seit dem 1. Januar 2005 gibt es in Berlin einen umfangreichen Versicherungsschutz (Unfall- und Haftpflichtversicherung) für das

Ehrenamt. Auch kleine Initiativen bzw. Projekte, die rechtlich unselbständig sind, wurden in diese spezielle Landesversicherung einbezogen. Im September 2005 konnte auf der Grundlage eines gemeinsam mit zahlreichen freiwillig Engagierten und hauptamtlichen Kräften aus Vereinen und Verbänden erarbeiteten Konzepts der **FreiwilligenPass** eingeführt werden. Mit dem Berliner FreiwilligenPass wird bürgerschaftliches und ehrenamtliches Engagement dokumentiert und gewürdigt sowie die Teilnahme an besonderen Fort- und Weiterbildungsveranstaltungen nachgewiesen. Er soll noch mehr Berlinerinnen und Berliner zu bürgerschaftlichem Engagement ermutigen. Zur besseren Information und Kommunikation wurde im Rahmen von „berlin.de“ das Bürgerportal „Bürger aktiv“ geschaffen.

DIE LINKE setzt sich dafür ein, freiwilliges bürgerschaftliches Engagement noch mehr zu fördern und anzuerkennen. Wir wollen Ehrenamtliche in ihrer Arbeit durch Weiterbildungsangebote ebenso unterstützen wie durch Fahrkarten, wenn eigene Mittel dafür nicht ausreichen. Wir setzen uns dafür ein, die Anerkennungskultur auszubauen. Wir wollen, dass in jedem Berliner Bezirk ein Freiwilligenzentrum oder eine Freiwilligenagentur finanziert wird. Nur so kann nachhaltig Engagement gefördert werden. Die bisherigen Landesmittel zur Finanzierung der Selbsthilfe, im Bereich der Pflege und der Nachbarschaftszentren wollen wir nicht nur sichern, sondern weiter ausbauen.

## ***2. Welche Verbesserungen kann sich ihre Partei diesbezüglich vorstellen?***

Für die LINKE ist es eine wichtige Aufgabe dafür zu wirken, dass ehrenamtliches Engagement stärker mit politischer Entscheidungsmöglichkeit verbunden wird. Die kommunale Selbstverwaltung soll tatsächlich als bürgerschaftliche Mitgestaltung und -entscheidung entwickelt werden. In den Bezirken, wo die Linkspartei starken Einfluss ausübt, wird in vielfältigen Formen praktiziert, bürgerschaftliches Engagement in Bürgerinitiativen, Kiezbeiräten, Stadtteilkonferenzen, Vereinen usw. mit direkter politischer Entscheidung zu verbinden. Ein besonderes Beispiel für die enge Anlagerung des direkten und verbindlichen Bürgereinflusses auf die eigentlichen haushaltspolitischen Entscheidungsprozesse, ist der Bürgerhaushalt in Lichtenberg und Marzahn-Hellersdorf. Auch die Einrichtung von Kiezfonds ist eine solche Form, wodurch die eigenständige Handlungsfähigkeit der Kiezbeiräte erhöht wird.

Es ist aus unserer Sicht eine wertvolle Erfahrung, Verantwortung für sich und andere zu übernehmen und soziale und demokratiefördernde Kompetenzen zu erwerben, die auch für andere Lebensbereiche bedeutsam sind. Dazu gehört auch die Idee, dass ehrenamtliches Engagement Berücksichtigung beim Bewerbungs- und Zulassungsverfahren an Berliner Hochschulen und Fachhochschulen finden sollte. Wir werden uns für die Realisierung dieser Forderung einsetzen. Rot-Rot hat mit der Einführung des FreiwilligenPasses gute Voraussetzungen dafür geschaffen. Die LINKE setzt sich dafür ein, dass die bestehenden Unterstützungsstrukturen der Freiwilligenarbeit und der Bürgerbeteiligung in Berlin nachhaltig gesichert und ausgebaut werden. Hierzu zählen Freiwilligenagenturen, Nachbarschaftshäuser und Selbsthilfeinitiativen.

## ***3. Wie steht ihre Partei finanziellen Anreizen als Teil einer Anerkennungskultur gegenüber?***

DIE LINKE tritt für eine vielfältige Anerkennungskultur, darunter auch finanzieller Anerkennung für ehrenamtliches Engagement ein. Sie unterstützt die verschiedenen Formen in Berlin und in den

Bezirken. Ein Beispiel von vielen ist der Ehrenamtspreis im Bezirk Mitte, der jährlich in Höhe von 4.000 Euro ausgelobt wird. Mit diesem Preis werden besonders vorbildliche gemeinwohlorientierte Leistungen ausgezeichnet, d.h. Engagement das freiwillig und unentgeltlich geleistet wird. Vorschlagsberechtigt sind alle im Bezirk Mitte ansässige Personen, Gruppen oder Organisationen. Eine Jury aus Mitgliedern des Bezirksamtes, der Fraktionen der Bezirksverordnetenversammlung, der Seniorenvertretung und einem/einer Journalisten/in entscheidet über die Preisvergabe. Zur feierlichen Überreichung des Ehrenamtspreises an die ausgewählten Menschen bzw. Gruppen werden alle vorgeschlagenen Personen zu einer Festveranstaltung eingeladen und so auch geehrt. Auch in anderen Bezirken gibt es Formen der besonderen Ehrung, z.B. in Lichtenberg vier verschiedene Preise für Bürgerengagement.

**4. Wie kann eine verlässliche Finanzierung für das Landesnetzwerk Bürgerengagement „aktiv in Berlin“ sichergestellt werden?**

Der Treffpunkt Hilfsbereitschaft ist der Initiator des Landesnetzwerkes und hat die Geschäftsführung inne. Fachlich wird diese Aufgabe als originäre des Treffpunkts angesehen. Es wird darauf hingewirkt, dass Aufgabenteile, die dem Treffpunkt nicht mehr zuzuordnen sind, wie z.B. Beratung Ehrenamtlicher, zukünftig als Ressource für das Landesnetzwerk genutzt werden. Der Treffpunkt Hilfsbereitschaft erhält als gesamtstädtische Freiwilligenagentur 140.000 € im Infrastrukturförderprogramm Stadtteilzentren.

**5. Welchen Stellenwert haben europäische Themen und insbesondere das Engagement zum Europäischen Jahr der Freiwilligkeit?**

**Nach dem derzeitigen Stand sieht die Landesregierung keine finanzielle Unterstützung des Europäischen Jahres der Freiwilligkeit vor.**

Europäische Themen und insbesondere das Engagement zum Europäischen Jahr der Freiwilligkeit nehmen in Berlin einen hohen Stellenwert ein. Die Senatsverwaltung für Soziales, Integration und Arbeit ist zentraler Ansprechpartner für das Europäische Jahr 2011 in Berlin und unterstützt aktiv und z. T. auch finanziell zahlreiche Projekte und Aktionen anderer Institutionen im Rahmen des Europäischen Jahres. So ist sie aktiver Kooperationspartner u.a. des Flaggschiffprojektes im Rahmen des Europäischen Jahres, der Fachkonferenz „Potenziale nutzen: Förderung des ehrenamtlichen Engagements Jugendlicher“(SenBilWissForsch), des weiteren unterstützt sie - auch finanziell - die Fachtagung „Strategien zur Förderung des Bürgerschaftlichen Engagements – Das Modell Treptow-Köpenick ein Beispiel für Berlin“ sowie die Fachtagung „Das Ehrenamt ist nicht umsonst“ (Landesseniorenbeirat). Eine Unterstützung durch SenIAS als strategischer Partner eines Projektantrages (SenInnSport) zur Förderung von ehrenamtlichem Engagement von Migrantinnen und Migranten wurde in Aussicht gestellt.

Darüber hinaus werden erfolgreiche bestehende Aktivitäten wie z. B. die Freiwilligenbörse unter dem Motto des Europäischen Jahres durchgeführt. Eine Veranstaltung im Rahmen der Runden Tische – von der Senatsverwaltung für Integration, Soziales und Arbeit - wird das Europäische Jahr zum Thema haben. Besonderes Highlight ist die Erweiterung des erfolgreichen Freiwilligentages zur 1. Berliner Engagementwoche, die aus Anlass des Europäischen Jahres sogar 14 Tage dauern wird. Im Zeitraum vom 10.9. bis 25.9.2011 werden viele „Mitmach-Aktionen“ und Veranstaltungen

zum Bürgerschaftlichen Engagement stattfinden. Damit ergänzen die Berliner Aktionen die 7. Bundesweite Woche des Bürgerschaftlichen Engagements, die vom 16.09.-25.09.2011 veranstaltet wird.

Bei vielen dieser Aktivitäten wird sicher das Landesnetzwerk „aktiv in Berlin“ engagiert mitwirken.

**6. Das Landesnetzwerk Bürgerengagement „aktiv in Berlin“ ist fest überzeugt, dass bürgerschaftliches Engagement in allen Parteien eine zentrale Rolle spielen muss und zivilgesellschaftliche Vertreter bei der Umsetzung von Integrationsstadtteilkonzepten beteiligt werden müssen.**

**Welche Möglichkeiten sieht ihre Partei, den Prozess der Beteiligung der Zivilgesellschaft an Stadtteilkonzepten, besonders bei Integrationskonzepten, zu garantieren und zu festigen?**

Mit dem Infrastrukturförderprogramm Stadtteilzentren besteht eine Infrastruktur zur Förderung des Bürgerschaftlichen Engagements, die sich an alle Bewohnerinnen und Bewohner Berlins richtet. Integration und interkulturelle Öffnung sind Schwerpunktthemen, die durch Qualitätsstandards abgesichert sind. Eine enge Zusammenarbeit mit Quartiersmanagement und Aktionsräumen plus ist gegeben. Stadtteilzentren sind starke Partner im Prozess der sozialräumlichen Entwicklung. Die Linke setzt sich dafür ein, dass dem erforderlichen Ausbau und der Weiterentwicklung dieser Infrastruktur über die Erhöhung des Finanzvolumens um 1 Mio. Euro in den kommenden Haushaltjahren Rechnung getragen wird.

Zurzeit werden 52 Projekte in Höhe von 3,7 Mio. Euro gefördert. Zusätzlich werden über das Teilprogramm Stadtteilzentren in der Förderperiode 2007-2013 7 Mio. Euro aus EFRE-Mitteln gefördert.

**7. Unterstützt ihre Partei die Gründung einer Beratungs- und Informationsstelle zur Fördermittelakquise im bürgerschaftlichen Engagement?**

Ja. Die Linkspartei unterstützt die Schaffung einer Beratungs- und Informationsstelle zur Fördermittelakquise.

**8. Unterstützt ihre Partei eine Umstellung von einer kurzfristigen zu einer langfristigen Finanzierung einer Engagement fördernden Infrastruktur?**

Die LINKE unterstützt eine Umstellung auf langfristige Finanzierungen. Mit der Förderung über das Infrastrukturförderprogramm Stadtteilzentren hat Rot-Rot die Finanzierung bis 2015 abgesichert.

**9. Welche Möglichkeiten sieht ihre Partei, ungenutzte öffentliche Infrastruktur kostenlos für Initiativen im bürgerschaftlichen Engagement zugänglich zu machen?**

Die Allgemeine Anweisung über die Bereitstellung und Nutzung von Diensträumen (Raumnutzungsanweisung – AllARaum) des Senats von Berlin vom 04.11.1997 (ABl.1998, S. 2722), ist zum 31.12.2007 außer Kraft getreten. Teilweise haben die Bezirke die weitere Anwendung der AllARaum ggf. mit eigenen Änderungen, festgelegt (z. B. Pankow mit der „Nutzungs- und Entgeltordnung für Räume und Freianlagen (Objekte) im Bereich des Bezirksamtes

Pankow von Berlin“). Daher sind derzeit Initiativen zur Bereitstellung von Räumen u. ä (Sportanlagen) für Initiativen im bürgerschaftlichen Engagement an die Bezirke zu richten. Bei einer dauerhaften Nutzung von öffentlich ungenutzter Infrastruktur kann zwar eine kostenlose Überlassung erfolgen, angesichts der Defizite in einigen bezirklichen Haushalten müssen dort allerdings die Infrastrukturkosten oftmals von den Initiativen getragen werden. Um die ehrenamtliche und bürgerschaftliche Arbeit zu unterstützen kann das Bezirksamt die Stadtteilinitiativen mit einem jährlichen Anerkennungsbeitrag fördern. Die LINKE unterstützt Bürgerstiftungen für bürgerschaftliche Aktivitäten in den Stadtteilen.

**10. Erkennt ihre Partei die berlinweite Bedeutung des Bürgerengagements sowie die von „aktiv in Berlin“ Landesnetzwerk Bürgerengagement als Ressort übergreifenden Fachverband an?**

Zum ersten Teil der Frage: Ja, die Linkspartei erkennt die berlinweite Bedeutung an, wie bereits in den vorherigen Antworten dargestellt.

Zum zweiten Teil der Frage: Wenn es sich als sinnvoll erweist, ja. Die Sinnhaftigkeit eines Ressorts übergreifenden Fachverbandes kann allerdings nicht durch die Verwaltung angeordnet werden. Die Sinnhaftigkeit kann nur durch die vielfältigen Organisationen und Akteure im bürgerschaftlichen Engagement selbst bestimmt werden. Dieser Prozess sollte unseres Erachtens auch mit einer Evaluierung der verschiedenen bestehenden Strukturen verbunden sein.

Mit freundlichen Grüßen,

Thomas Barthel  
Mitarbeiter des Landesvorstands